



HERBST

Positions-
papiere

KLAUSUR

09/26

LANDTAG
BAYERN



Projekt „Der NGO-Komplex in Bayern“

1. Definition und Ziel

Viele sogenannte „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) leisten wertvolle ehrenamtliche Arbeit. Daran nimmt niemand Anstoß, im Gegenteil. Dies gilt jedoch nicht für jene NGOs, die eine ideologische, oft einseitig links-grüne Agenda verfolgen und als Vorfeld der entsprechenden Parteien (SPD, Grüne, Die Linke) dienen. Sie finanzieren sich zu einem erheblichen Teil aus staatlichen Töpfen und sind damit NICHT unabhängig von Regierungen und Parteien. Diesen NGOs widmet sich das Projekt.

Unter einer ideologisch links-grünen Agenda verstehen wir die Fokussierung auf sogenannten „Antifaschismus“, Pro-Einwanderungs-Lobbyismus, Feminismus, LGBTIQ-Kult, eine aggressive Minderheitenpolitik, einen extremistischen Klima-aktivismus etc. Eine untergeordnete Rolle spielt die Organisationsform. Neben Vereinen, Stiftungen und „Bewegungen“ können auch Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Firmen dazu gehören.

Abseits des NGO-Komplexes gibt es auch unmittelbar staatlich finanzierte Strukturen, die in erheblichem Maße politisch durchdrungen sind. Dazu gehört z.B. auch der Bayerische Klimarat. Besonders problematisch ist darüber hinaus die Tätigkeit von Landschaftspflegeverbänden, die als Dachorganisationen und zugleich als gesellschaftlicher Schutzschild für NGOs fungieren. Sie rekrutieren sich aus Landwirten, kommunalen Vertretern und NGOs und werden in erheblichem Maße aus EU-Mitteln finanziert.

Dadurch können Mittel aus EU-Agrarfördertöpfen beansprucht werden, die normalerweise nur Landwirten zustehen würden. Das hat den gravierenden Effekt, dass NGOs in direkte Konkurrenz zu bayerischen Landwirten treten und ein Eigeninteresse an der Diffamierung ihrer wertschöpfend tätigen Konkurrenten haben. Dies gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes.

Ziel des Projekts ist es, über den links-grünen NGO-Komplex in Bayern so umfassend wie möglich aufzuklären, dessen destruktives Wirken öffentlich zu machen und ihm auf Landesebene wie auch kommunal die staatlichen Ressourcen zu entziehen.

2. Positionierung und Projektschritte

Der links-grüne NGO-Komplex ist kein loses Nebeneinander einzelner Organisationen. Er bildet ein politisches Netzwerk, das durch staatliche Förderung gestützt wird und dadurch erheblichen Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit gewinnt. Unser Ansatz besteht deshalb darin, diese Strukturen offenzulegen und ihre Finanzierung politisch infrage zu stellen.

Im Mittelpunkt steht zunächst die Klärung, welche Organisationen in Bayern konkret zu diesem Netzwerk gehören und aus welchen öffentlichen Mitteln sie unterstützt werden. Dabei geht es nicht nur um formale Förderbescheide, sondern auch um personelle Verbindungen zu Parteien, Ministerien und anderen Organisationen. Dadurch soll sichtbar werden, wo unter dem Deckmantel zivilgesellschaftlichen Engagements politische Vorfeldarbeit mit Steuergeldern betrieben wird.

Aus dieser Aufklärung müssen politische Konsequenzen folgen. Förderungen sind dort zu beenden, wo sie nicht dem Gemeinwohl dienen, sondern ideologische Einflussnahme finanzieren. Dafür braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Landtagsfraktion und kommunalen Mandatsträgern, da viele Strukturen vor Ort verankert sind. Diese Zusammenarbeit wird fortan ausgebaut.

Die Ergebnisse sollen parlamentarisch für Initiativen genutzt sowie öffentlich vermittelt werden. Zu diesem Zweck werden wir ein Symposium im Bayerischen Landtag veranstalten und eine begleitende Kampagne initiieren, um die Zusammenhänge verständlich darzustellen und den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen. Weiterhin werden wir wirkungsvolle Maßnahmen aufzeigen, mit denen man bereits jetzt den Einfluss der NGOs begrenzen kann. Zugleich ist die Zusammenarbeit mit den zuständigen AfD-Arbeitsgruppen auf Bundes-, Länder- und EU-Ebene zu vertiefen. Ziel ist die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie, die Transparenz schafft und den politischen NGO-Strukturen schrittweise die staatliche Grundlage entzieht. Mit der Umsetzung dieses Projektes verlassen wir den theoretischen Bereich und zeigen Wege zur konkreten Lösung politischer Probleme auf.

Staatliche Verantwortung statt Asylgeschäft und Verwaltungsversagen

Bayern braucht einen Staat, der seine Kernaufgaben erfüllt, Steuergeld schützt und Kommunen nicht mit den Folgen politischer Fehlentscheidungen alleinlässt. Die AfD-Fraktion schlägt deshalb vier miteinander verbundene Reformen vor.

1. „Abschiebecent“ Profiteure beteiligen:

Rund um die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylbewerbern ist ein staatlich finanzierter Wirtschaftszweig entstanden. Während Betreiber und Dienstleister immense Umsätze erzielen, trägt die Allgemeinheit die unmittelbaren und mittelbaren Kosten. Mit dem „Abschiebecent“ sollen deshalb Unternehmen, die in erheblichem Umfang an der staatlich finanzierten Asylunterbringung und -versorgung verdienen, durch eine bayerische Abgabe an den Kosten beteiligt werden. 15 Prozent des Aufkommens sollen direkt an die betroffenen Standortkommunen fließen. So werden staatlich ermöglichte Gewinne teilweise abgeschöpft und lokale finanzielle Belastungen gemildert.

2. Weniger Ministerien, digitale Verwaltung:

Bayern braucht keine zusätzlichen Ministerien, sondern eine funktionierende Verwaltung. Das Digitalministerium hat das Ziel einer völdigitalisierten Staatsverwaltung bis Ende 2025 verfehlt und verfügte nach Feststellung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs weder über einen vollständigen administrativen Überblick noch über einen belastbaren Gesamtplan. Seine Aufgaben sollen daher in der Staatskanzlei oder einem bestehenden Ressort gebündelt werden. Dort ist die technische Infrastruktur zu entwickeln, während die konkrete Umsetzung in den Hoheitsbereich der Gemeinden gehört. Zugleich muss die Verwaltung bis Ende 2029 konsequent digitalisiert werden: Mindestens 90 Prozent aller geeigneten Behördengänge sollen vom Antrag bis zum Bescheid vollständig digital möglich sein. Eine ein-

malige Digitalmilliarde soll einheitliche Verfahren, verknüpfte Register und den Abbau von Medienbrüchen finanzieren. Entscheidend sind messbare Ergebnisse, nicht zusätzliche Ministerposten.

3. Konsequente Kontrolle wirkt: Am 15.

Juli 2026 erklärte der Bayerische Verfassungsgerichtshof die mit der Corona-Krise begründete Kreditemächtigung des Haushaltsgesetzes 2022 über bis zu 5,8 Milliarden Euro wegen eines Verstoßes gegen die Schuldenbremse für nichtig. Die AfD-Fraktion hatte dagegen geklagt und beim entscheidenden Punkt ihrer Klage Erfolg. Weitergehende Anträge wurden abgewiesen; eine finanzielle Rückabwicklung ist nicht erforderlich, weil die Ermächtigung nicht genutzt wurde. Dieser Erfolg zeigt: Rechtliche Widerstände sind kein Grund, politische Missstände hinzunehmen. Neue Vorhaben müssen offensiv vertreten, zugleich aber so ausgestaltet werden, dass sie einer verfassungsgerichtlichen Prüfung standhalten.

Fragen des öffentlichen Dienstes

1. Tarifliche Beschäftigung vor Verbe-

amtung: Neueinstellungen im öffentlichen Dienst sollen in Zukunft grundsätzlich nur noch in der Form der Tarifbeschäftigung vorgenommen werden. Verbeamtung soll nur noch zur Wahrnehmung hoheitlicher Kernaufgaben (Polizei, Justiz, bestimmte Eingriffs- und Normsetzungsfunktionen) erfolgen. Jede Verbeamtung verursacht langfristig hohe Pensionslasten, da Beamte keine Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung leisten und Ruhegehälter von bis zu 71,75 Prozent des letzten Gehalts erhalten. Die Versorgungsausgaben belasten den bayerischen Haushalt bereits mit rund 9 Prozent und werden langfristig auf über 10 Prozent ansteigen. Tarifbeschäftigte leisten Sozialversicherungsbeiträge und ermöglichen eine flexiblere Personalpolitik ohne künftige Haushaltsrisiken.

Kommunale Fragen, Innere Sicherheit

1. Organisierte sexuelle Ausbeutung Minderjähriger – Bayern darf nicht Rotherham werden: Seit Mai 2026 ermittelt die Ermittlungskommission EKO Kajal der Nürnberger Polizei gegen strukturierte Tätergruppen im Umfeld des Hauptbahnhofs. Mehrere syrische und pakistanische Tatverdächtige sitzen in Untersuchungshaft. Zahlreiche schwere mutmaßliche Sexualstraftaten in Nürnberg und ein weiterer Fall in Köln machen deutlich: Organisierte sexuelle Ausbeutung und Vergewaltigung von Minderjährigen durch Einwanderer aus dem Nahen Osten und Nordafrika sind längst kein britisches Problem mehr. Sie sind in Deutschland und Bayern angekommen.

Die AfD-Fraktion fordert daher die Einrichtung einer beim Landeskriminalamt Bayern angesiedelten ständigen Ermittlungsgruppe. Nur so lässt sich dieses Phänomen landesweit und dauerhaft erfassen und bekämpfen.

2. Die wahren Kosten der Migration erfassen – MENAPT-Statistik für Bayern jetzt!: Wir fordern eine umfassende Statistik zu den Nettobeiträgen und -kosten von Migranten nach Herkunft für Bayern. Die Behauptung, Zuwanderung sei ein finanzieller Gewinn für das Aufnahmeland, ist eine von Altparteien und Migrationslobbyisten verbreitete Legende, die durch konkrete Zahlen widerlegt werden kann.

Berechnungen aus Dänemark und den Niederlanden zeigen, dass der durchschnittliche fiskalische Nettobeitrag bei großen Teilen der nichtwestlichen Zuwanderergruppen negativ ausfällt. Besonders ausgeprägt sind die negativen Salden bei Herkunftsgruppen aus den sogenannten MENAPT-Staaten – dem Nahen Osten, Nordafrika, Afghanistan, Pakistan und der Türkei.

Wir verlangen deshalb eine detaillierte Berechnung für Bayern, orientiert an den Methoden und Erfahrungen unserer Nachbarländer. Nur so wird sichtbar, welche Gruppen den Staat entlasten und welche der Allgemeinheit neue Lasten aufbürden. Sollte die Staatsregierung unseren Antrag nicht umsetzen, werden wir Spezialisten damit beauftragen.

3. Rechtsfreie Räume im Asylbereich beseitigen – Kirchenasyl und Härtefallkommission beenden! Wir fordern die Aufhebung der bayerischen Härtefallkommission und eine klare gesetzliche Einordnung des sogenannten „Kirchenasyls“ als vorübergehende private Aufnahme von Migranten ohne rechtliche Grundlage. Die Fallzahlen zeigen seit Jahren ein hohes Niveau: 2021 waren es noch 120 Fälle; 2023 hatte sich die Zahl auf 327 beinahe verdreifacht.

Die AfD-Fraktion verlangt, dass bayerische Behörden vollziehbare Maßnahmen auch dann konsequent durchsetzen, wenn sich ausreisepflichtige Personen in kirchlichen Räumlichkeiten aufhalten. Bayern muss sich zudem auf Bundesebene für die Beendigung der Sonderabsprachen zwischen dem BAMF und den Kirchen einsetzen.

Gleichzeitig wollen wir die bayerische Härtefallkommission abschaffen. Vier der neun stimmberechtigten Sitze werden von Kirchen oder kirchlich getragenen Wohlfahrtsverbänden besetzt. Aufenthaltsentscheidungen müssen nach transparenten gesetzlichen Kriterien getroffen werden – nicht über einen zusätzlich geschaffenen politischen Ermessensweg.

4. Islamisten ausbürgern – Keine Rückkehr für Terroristen! Wer als Doppelstaatsangehöriger ausreist, um sich terroristischen Vereinigungen anzuschließen oder an deren Kampfhandlungen zu beteiligen, verwirkt den deutschen Pass. Diese bereits bestehende Regelung des Staatsangehörigkeitsgesetzes ist konsequent anzuwenden und auszuweiten. Ausgereiste und ausgebürgerte Islamisten

erhalten zudem lebenslanges Wiedereinreiseverbot.

5. Rückkehr zum Abstammungsprinzip im Staatsangehörigkeitsrecht – Geburtsortsprinzip abschaffen: Wir fordern die ersatzlose Streichung von § 4 Abs. 3 StAG. Die deutsche Staatsangehörigkeit soll im Regelfall wieder nach dem Abstammungsprinzip erworben werden – wie vor der rot-grünen Reform zum 1. Januar 2000, mit der das Geburtsortsprinzip erstmals eingeführt wurde. Seit der neuerlichen Reform 2024 durch die Ampel genügt bereits ein fünfjähriger rechtmäßiger Aufenthalt eines Elternteils, um einem in Deutschland geborenen Kind automatisch den deutschen Pass zu verschaffen.

Kombiniert mit der seither generell erlaubten Mehrstaatigkeit wird daraus ein Freibrief ohne echte Bindung an unser Land. Der islamistische Anschlag auf den Christopher Street Day in Berlin hat die Debatte über das Staatsangehörigkeitsrecht neu entfacht. Doch während die Unionsparteien und die Bundesregierung bislang nur über den nachträglichen Entzug bereits erworbener Pässe sprechen, setzen wir bereits früher an: Der Erwerb des deutschen Passes auf andere Weise als durch Abstammung muss eine wohlbegründete, seltene Ausnahme darstellen, die Migranten nach langjähriger, erfolgreicher Assimilation ermöglicht wird. Sie darf keine Selbstverständlichkeit sein. Deutscher wird man nicht automatisch aufgrund eines Geburtsortes in Deutschland. Das Beispiel Österreichs zeigt: Ein Geburtsortsprinzip ist kein notwendiger Bestandteil eines modernen und humanen Staatsangehörigkeitsrechts.

Bund & Europa

1. „Unser Geld für unsere Leute“ EU-Budget an Sparsamkeit und Transparenz ausrichten!: Die EU-Kommission hält daran fest, den Haushaltsumfang für den siebenjährigen Zeitraum von 2028 bis 2034 auf rund zwei Billionen Euro aufzu-

blähen. Im Zeitraum 2021 bis 2027 lag er bei 1,2 Billionen Euro; es handelt sich also um eine Steigerung um zwei Drittel. Da zugleich geplant ist, die Fonds für Kohäsion, Soziales, Fischerei und ländliche Entwicklung zu einem großen, gemeinsamen Topf zusammenzulegen, gehen Transparenz und Planungssicherheit verloren. Sogar die Bundesregierung hält den Ansatz der EU-Kommission für „unbezahlbar und unausgewogen“ und fordert eine Kürzung um 400 Milliarden Euro. Aber selbst in diesem Fall würden die deutschen Nettobeiträge dennoch um mehr als zehn Milliarden Euro pro Jahr ansteigen. Die AfD fordert daher im Sinne strengster Haushaltsdisziplin eine noch deutlichere Reduzierung um 600 Milliarden Euro. Überdies tritt die AfD für neue Priorisierungen ein: deutlich mehr Mittel für den Schutz der EU-Außengrenzen und die rasche Umsetzung des GEAS (siehe Punkt 2) unter Einsparung etwa von „Klima“-Ausgaben und sogenannter „Entwicklungspolitik“.

2. Gemeinsames Europäisches Asylsystem zur Festung Europa ausbauen!: Am 12. Juni 2026 ist das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) in Kraft getreten. Darin spiegelt sich der Stimmungsumschwung in den meisten EU-Mitgliedstaaten zugunsten eines Stopps der illegalen Massenmigration wider. Für die AfD ergibt sich daraus zunächst die Notwendigkeit, alle Ansätze zu unterstützen, die zum Erfolg des GEAS führen. Die Staatsregierung hat zu prüfen, welchen Beitrag Bayern als Bundesland dazu leisten kann. Das zentrale Ziel ist jedoch eine „Festung Europa“ gegen die unerwünschte Einwanderung in die Sozialsysteme und die nationalen Kriminalitätsstatistiken. Die AfD wird daher weitere Maßnahmen erarbeiten, durch deren Umsetzung die EU maximal unattraktiv für unerwünschte Einwanderer wird. Nachweislich echte Fachkräfte sollen hingegen willkommen sein. Allen Bestrebungen der Migrationslobby, die Quoten für „humanitäre“ Aufnahmen zu erhöhen bzw. „Resettlement“-Programme zu verstetigen oder neu aufzusetzen, ist entgegenzutreten.

3. EU-Beitritt der Ukraine verhindern!:

Der Beginn der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Ukraine im Juni 2024 war ein schwerwiegender Fehler, der unverzüglich korrigiert werden muss. Ein Beitritt dieses hochgradig korrupten und fast vollständig von ausländischer Finanzierung abhängigen Staates würde zur finanziellen Implosion der EU führen und Deutschland, als deren Hauptzähler ruinieren. Hinzu kommt die geopolitische Problematik: Selbst, wenn der Krieg mit Russland demnächst beendet wäre, würde eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine für alle anderen Staaten ein erhebliches Sicherheitsrisiko bedeuten, da auch die EU-Verträge militärische Beistandsverpflichtungen kennen. Aus Verantwortung für unsere Bürger und den Schutz der EU in ihrer aktuellen Zusammensetzung positioniert sich die AfD eindeutig gegen einen EU-Beitritt der Ukraine. Stattdessen ist die Ukraine spätestens nach Kriegsende für die vorsätzliche Zerstörung deutscher Energie-Infrastruktur in Regress zu nehmen. Die AfD fordert darüber hinaus, dass alle in Deutschland lebenden gesunden ukrainischen Männer im wehrfähigen Alter umgehend in ihre Heimat zurückkehren müssen – darunter mit besonderer Priorität die Bezieher von Sozialleistungen.

Wirtschaft, Energie & Digitales

1. Gasspeicher Breitbrunn und Wolfersberg sichern und im Notfall staatlich übernehmen: Die Gasspeicher Breitbrunn/Eggstätt und Wolfersberg verfügen zusammen über ein Arbeitsgasvolumen von rund 15,2 TWh und damit über nahezu die Hälfte der bayerischen Speicherkapazität. Dennoch sollen beide Anlagen zum Frühjahr 2027 stillgelegt werden. Über die entsprechenden Stilllegungsanträge entscheidet die Bundesnetzagentur. Für Breitbrunn und Wolfersberg gelten zudem zum 1. Februar 2027 erhöhte Mindestfüllstände von 40 Prozent. Ihre Stilllegung und eine dauerhafte Schädigung durch die Entnahme des technisch notwendigen Kissengases müssen verhindert werden, da dies die Versorgungssicherheit Bayerns schwächen würde.

Die AfD fordert deshalb zunächst den Erhalt und die rechtzeitige Befüllung beider Speicher. Der Freistaat muss gegenüber dem Bund auf eine Versagung der Stilllegung hinwirken und die irreversible Entnahme des Kissengases mit seinen bergrechtlichen Möglichkeiten verhindern. Verweigern die Betreiber dauerhaft einen Weiterbetrieb, müssen die Anlagen vorübergehend unter die Kontrolle des Freistaates gestellt werden.

Parallel dazu müssen die Bundesregierung und die EU die eigentlichen Ursachen der Dauer-Energiekrise beseitigen. Das heißt: Sie müssen die ideologisch betriebene Dekarbonisierungspolitik beenden, die Energiesanktionen aufheben und wieder einen preisgünstigen, diversifizierten Gas-Bezug ermöglichen. Nur unter den aktuellen außergewöhnlichen Umständen ist ein zeitweiliger staatlicher Eingriff gerechtfertigt.

2. Bayerische Uniper-Wasserkraftwerke vor der Reprivatisierung sichern: In Bayern befinden sich 115 Wasser- und Pumpspeichieranlagen im Besitz Uniper-naher Gesellschaften. Zugleich bestehen 92 Heimfallkonstellationen, davon 53 zugunsten des Freistaates. Der Bund hält infolge der Verstaatlichung weiterhin 99,12 Prozent der Uniper-Anteile, muss seine Beteiligung aufgrund von EU-Auflagen jedoch bis spätestens Ende 2028 auf höchstens 25 Prozent plus eine Aktie reduzieren. Bayern darf nicht warten, bis diese strategische Energieinfrastruktur reprivatisiert wurde und ein späterer Erwerb schwieriger oder teurer wird.

Ein frühzeitiger Gesamterwerb kann wirtschaftlich vorteilhafter sein, als jahrzehntelang einzelne Heimfallrechte abzuwarten. Die Staatsregierung muss umgehend ein belastbares Erwerbs-, Heimfall- und Betreiberkonzept einschließlich einer Wirtschaftlichkeitsprüfung vorlegen. Bayerische Wasserkraft gehört dauerhaft unter bayerische Kontrolle – zur Sicherung einer heimischen, regelbaren und verlässlichen Stromerzeugung. Dabei sind bestehende Heimfallrechte und ein möglicher vorzeitiger Erwerb rechtlich und wirtschaftlich

getrennt zu bewerten. Der Bund hält seinen Anteil von 99,12 Prozent nach aktuellem Stand weiterhin unverändert.

3. Ausbildungsdynamisierungsprogramm für Bayern umsetzen: Bayern leidet trotz zahlreicher unbesetzter Lehrstellen unter einem wachsenden Fachkräftebedarf. Im August 2026 standen rund 25.000 unbesetzten Ausbildungsstellen rund 10.000 noch suchende Bewerber gegenüber; seit Beginn des Berichtsjahres wurden insgesamt 85.488 Ausbildungsstellen und 61.683 Bewerber gemeldet. Berufliche Ausbildung muss deshalb attraktiver, leistungsorientierter und finanziell lohnender werden.

Die AfD fordert ein bayerisches Ausbildungsdynamisierungsprogramm: Eine landesweite Informationskampagne soll Karrierechancen insbesondere in Engpassberufen bekannter machen. Leistungsstarke Ausbildungsinteressierte sollen durch ein eigenes Stipendienprogramm gefördert und erfolgreiche Absolventen mit einer steuerfreien Abschlussprämie von 300 Euro ausgezeichnet werden. Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sollen an Berufsschulen ein vollzeitschulisches Vorausbildungsjahr absolvieren, das gezielt zu einer betrieblichen Ausbildung führt. Zudem soll Bayern auf Bundesebene für eine Sozialversicherungsfreiheit für Ausbildungsvergütungen bis 800 Euro monatlich eintreten, um Auszubildende und Betriebe gleichermaßen zu entlasten.

Landwirtschaft

1. Kanada als Vorbild: „Right to farm Act“ für Bayern: Heimische Landwirtschaftsbetriebe müssen einen umfassenden Bestandschutz nach kanadischem Vorbild erhalten. Wir streben an, dass neue Wohn-, Freizeit- oder Gewerbenutzungen keine nachträglichen Auflagen oder Einschränkungen mit sich bringen. Wer aufs Land zieht, hat sich an die dort übliche Wirtschaftspraxis anzupassen und nicht umgekehrt. Zudem sollen EU- und Bundesvorgaben in Bayern ohne

zusätzliche landesrechtliche Verschärfungen umgesetzt werden. Die landwirtschaftsfeindlichen Maßnahmen, die im Zuge des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ vollzogen wurden, sind ersatzlos zu streichen. Neue Auflagen sollen nur dann eingeführt werden, wenn sie zwingend erforderlich sind, und die gute fachliche Praxis muss bei künftigen Gesetzesänderungen vollumfänglich berücksichtigt werden. Freiwillige Förderprogramme müssen freiwillig bleiben und dürfen nicht dazu dienen, den Toleranzrahmen für weitere staatliche Eingriffe auszuweiten. Unsere heimische Landwirtschaft braucht Planungssicherheit statt staatlicher Bevormundung.

2. Landwirtschaftliche Flächen müssen in Erzeugerhand bleiben: Beim Verkauf landwirtschaftlicher Flächen müssen aktive, ortsansässige Landwirte immer Vorrang erhalten. Staatliche Flächen sollen vorrangig an aktive landwirtschaftliche Betriebe verpachtet oder veräußert werden. Sogenannte „Share Deals“ sind vollständig in die agrarrechtliche Kontrolle einzubeziehen. Zudem bedarf es mehr Transparenz darüber, wie landwirtschaftliche Flächen nach dem Verkauf weitergenutzt werden.

Auch der Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen für Wiedervernässungsmaßnahmen und anderweitige Naturschutzziele, die faktisch zu einer Nichtbewirtschaftung führen, sind gesetzlich weitestgehend zu unterbinden. Die bayerische Artenvielfalt lebt von einer aktiv gepflegten Kulturlandschaft und nicht von stillgelegten Brachen.

3. Die Nahrungsmittelerzeugung muss Vorrang haben: Die Sicherung der Ernährung muss als Staatsaufgabe anerkannt werden. Heimische Esskultur und regionale Bewirtschaftung gehen Hand in Hand. Deshalb müssen unsere heimischen Böden vor Versiegelung und dauerhafter Nutzungsentziehung geschützt werden. Wir fordern ein weitreichendes Verbot der Neuerrichtung von Freiflächen-Photovoltaik- und Windkraftanlagen auf Agrarflächen. Aber auch unsere Weidetierhaltung und Teichwirtschaft müssen durch ein aktives

Prädatorenmanagement geschützt werden. Schadensverursachende Tiere müssen schnell entnommen, Bestände regional reguliert und Tierverluste sowie Produktionsausfälle zeitnah ersetzt und notwendige Schutzmaßnahmen vollständig geleistet werden. Dokumentationspflichten sind zu reduzieren und Agrarimporte künftig nur bei überprüfbar gleichwertigen Standards, eindeutiger Herkunftskennzeichnung und wirksamen Schutzklauseln zuzulassen. Die Interessen der bayerischen Landwirte sollen bei künftigen Handelsabkommen stärker berücksichtigt werden.

Gesundheit, Pflege und Prävention

Die Gesundheitspolitik in Bayern muss sich an den Bedürfnissen der Bürger orientieren: Dazu zählen vor allem wohnortnahe Versorgung, kurze Wege, bezahlbare Leistungen und eine Stärkung der Eigenverantwortung.

1. Wohnortnahe Krankenhausversorgung sichern: Eine flächendeckende stationäre Versorgung ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge. Kommunale sowie kleine und mittlere Krankenhäuser müssen erhalten und gezielt gefördert werden, insbesondere bei Investitionen und der Gewinnung von Fachkräften. Krankenhausschließungen oder die Umwandlung von Standorten sind zu verhindern, um Versorgungslücken, lange Anfahrtswege und eine Überlastung der Großkliniken zu vermeiden.

2. Hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum stärken: Die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum muss dauerhaft gesichert werden. Junge Ärzte sollen durch geeignete Anreize zur Niederlassung außerhalb der Ballungsräume gewonnen werden. Gleichzeitig ist der Bürokratieaufwand in den Praxen deutlich zu reduzieren. Die Pflicht zur Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem ersten Krankheitstag gehört abgeschafft.

3. Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung verbessern: Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen müssen frühzeitig und wohnortnah die notwendige Hilfe erhalten. Dafür sind mehr Therapieplätze und kürzere Wartezeiten nötig, damit sich psychische Belastungen nicht verfestigen und die schulische, soziale sowie persönliche Entwicklung nicht dauerhaft beeinträchtigt wird. Gleichzeitig sollen spezialisierte Behandlungsangebote für Spiel-, Gaming- und andere Verhaltenssüchte ausgebaut werden, um den besonderen Herausforderungen dieser Erkrankungen gerecht zu werden.

Arbeit & Soziales

1. Kinder willkommen heißen – Bayerische Familien finanziell entlasten: Wir wollen junge Menschen ermutigen, eine Familie zu gründen, und Eltern im Alltag spürbar entlasten. Kinder sind unsere Zukunft, bedeuten für Familien aber auch eine große finanzielle Verantwortung. Umso mehr sind die Kürzungen beim Elterngeld sowie die Streichung von Familiengeld, Krippengeld und Kindergarten-Zuschuss das falsche Signal.

Wir wollen Familien wieder die Wertschätzung geben, die sie verdienen, und treten deshalb dafür ein, dass jedes in Bayern geborene Kind ein Willkommensgeld erhält. Darüber hinaus wollen wir Familien mit einem bayerischen Familienpass entlasten – durch Vergünstigungen unter anderem bei Sport- und Musikvereinen, Kulturangeboten, Museen, Schwimmbädern, Freizeit- und Tierparks sowie weiteren familienfreundlichen Einrichtungen.

2. Kindergärten bezahlbar und hochwertig gestalten: Kinderbetreuung darf kein Luxusgut sein. Familien brauchen bezahlbare Angebote, auf die sie sich verlassen können. Zugleich dürfen Kindergärten nicht zu bloßen Aufbewahrungsstätten werden. Kleinere Gruppen, mehr Zeit für jedes Kind und eine gute Vorbereitung auf die Schule schaffen Geborgenheit, Sicherheit und bessere Zukunftschancen.

3. Mehr digitalen Jugendschutz: Keine Kostenfallen bei Spielen und Apps: Kinder und Jugendliche erkennen manipulative Kaufanreize, künstlich erzeugten Zeitdruck und verschleierte Kosten noch nicht zuverlässig. Dadurch können In-App-Käufe, Lootboxen und Abonnements schnell zur Kostenfalle werden und problematisches Spielverhalten fördern. Eltern sind mit der rasanten Entwicklung und der ständigen Veränderung digitaler Angebote häufig überfordert.

Deshalb fordern wir klare Schutzregeln: In-App-Käufe müssen bei Minderjährigen standardmäßig deaktiviert, Preise immer in Euro angezeigt und Käufe nur mit elterlicher Freigabe möglich sein. Statt eines pauschalen Social-Media-Verbots braucht es strengere Regeln für versteckte Werbung, manipulative Belohnungssysteme und andere Mechanismen, die Kinder gezielt zu längerer Nutzung oder zu Käufen verleiten. Nicht die sozialen Medien an sich sind das Problem, sondern eine Digitalwirtschaft, die Kinder durch Algorithmen, Belohnungssysteme und immer extremere Inhalte gezielt länger an ihre Angebote bindet, um mit kindlicher Aufmerksamkeit Geld zu verdienen.

Umwelt & Verbraucherschutz

1. Windkraft zerstört Heimat: Windenergie ist ökologisch, ökonomisch und sozial mit hohen Risiken verbunden. Auf ökologischer Ebene werden wertvolle Kulturlandschaften, Wälder und sensible Ökosysteme industrialisiert – mit verheerenden Folgen wie Artenrückgang, Insektensterben und großflächiger Waldzerstörung. Auf ökonomischer Ebene werden regionale Wertschöpfungsketten, insbesondere von Industrie und Landwirtschaft, unterbrochen oder ausgehebelt. Energieintensive Betriebe verlassen zunehmend das Land. Atomkraftwerke wurden ohne rationale Erwägung ihrer Wirtschaftlichkeit beseitigt. Das hat auch soziale Auswirkungen. Die Energiearmut steigt, Strom und Wärme haben sich für breite Bevölkerungsschichten von

selbstverständlichen Alltagsgegebenheiten in begrenzt verfügbare Luxusgüter verwandelt. Insbesondere die ländliche Bevölkerung leidet doppelt, weil sie einerseits von steigenden Lebenshaltungskosten betroffen und andererseits der direkten Infraschallbelastung von Windkraftanlagen ausgesetzt ist. Die bayerische AfD-Fraktion wird sich deshalb für eine Energielandschaft einsetzen, die diese fatalen Trends wieder umkehrt. Wir wenden uns klar gegen den Windkraftausbau, der unsere Freiheit einer grünen Klimaideologie opfert.

2. Umweltpolitik statt Klimawahn: CO₂ ist kein gefährliches Treibhausgas, sondern eine alltägliche und natürliche Erscheinung. Die Kontingentierung von CO₂ sowie die Erstellung abstruser Klimaziele auf der Basis einer irrationalen, wissenschaftsfeindlichen CO₂-Reduktionsideologie lehnen wir entschieden ab. Bayern braucht keine Klimaneutralität, die allein darauf beruht, dass ein moderner Ablasshandel betrieben wird. Bayern braucht keine CO₂-Zertifikate, die in der Realität nur bewirken, dass ebenjenes CO₂ verstärkt in Drittstaaten ausgestoßen wird. Jeder heimische Betrieb, der unter den hohen geltenden deutschen Umweltstandards wirtschaftet, nützt der globalen Umwelt mehr als eine weitere schmutzige Fabrik in Schwellenländern. Der CO₂-Wahn muss endlich durch ein sinnvolles Umweltmanagement mit echtem Umweltnutzen ersetzt werden. Dafür setzt sich die bayerische AfD-Fraktion mit Nachdruck ein.

3. Brüsseler Bürokratie stoppen: Die Umweltbürokratie in Brüssel und Berlin ist längst zu einem übergreifenden, dirigistischen Umverteilungsmechanismus mutiert, der deutsches Steuergeld vergeudet, um grüne NGOs zu subventionieren. Bayern leidet unter dem ausufernden Kontrollwahn, der immer neue Gesetze hervorbringt, die unsere Bürger und Unternehmen gängeln: Landwirtschaftliche Flächen und Wälder dürfen nicht mehr bewirtschaftet werden. Behörden und Ministerien scheitern beim Bürokratieabbau, weil aus Brüssel immer neue Vorgaben kommen. Verbraucher

sind irritiert über ständig neue Vorschriften, die tief in ihr Leben eingreifen. Wir werden diesem Irrsinn Grenzen aufzeigen und dem bayerischen Protest eine laute und klare Stimme in der EU geben. Als einzige Partei wenden wir uns strikt gegen die zahllosen Eingriffe in die staatliche Souveränität Deutschlands und Bayerns.

Bildung & Kultus

1. Sommerschule nach österreichischem

Vorbild: Die AfD tritt für die Einführung eines Sommerschul-Modells ein: Die Sommerschule findet in den letzten beiden Wochen der Sommerferien statt und verfolgt das Ziel, Schüler mit entsprechendem Bedarf optimal auf das kommende Schuljahr vorzubereiten. In einem ersten Schritt werden Schüler mit Defiziten in der deutschen Sprache zu einer Teilnahme an der Sommerschule verpflichtet. Diese zusätzliche Förderung dient dazu, die Schüler bestmöglich beim Erwerb der Unterrichtssprache, also des Deutschen, zu unterstützen, um den Lernerfolg der anderen Schüler im Folgeschuljahr nicht zu gefährden.

In einem zweiten Schritt soll allen Schülern in der Sommerschule ein freiwilliger Zusatzunterricht angeboten werden, der Lerninhalte aus den vergangenen Jahren wiederholt und vertieft, um den Übergang in die nächste Schulstufe oder eine neue Schulart zu erleichtern. Auch zur vertieften Vorbereitung von Prüfungen oder Schulwettbewerben ist die Sommerschule geeignet.

Um die Schüler bestmöglich zu fördern, wird der Unterricht von erfahrenen Lehrkräften sowie Lehramtsstudenten gestaltet. So erhalten alle Schüler die individuelle Unterstützung, die sie benötigen, um gut und selbstbewusst in das neue Schuljahr zu starten.

2. Datengestützte Unterrichtsentwicklung:

Eine moderne Bildungspolitik muss auf belastbaren Erkenntnissen beruhen. Die

AfD-Fraktion setzt sich für eine datengestützte Unterrichtsentwicklung ein, die regelmäßig und objektiv Lernstände erhebt, sowie den Erfolg von Unterrichtskonzepten überprüft. Vergleichsarbeiten, Abschlussprüfungen und wissenschaftliche Evaluationen sollen systematisch ausgewertet werden, um erfolgreiche Methoden zu identifizieren und Schwächen frühzeitig entgegenzuwirken. Datenschutz und die informationelle Selbstbestimmung der Schüler bleiben dabei uneingeschränkt gewahrt. Ziel ist eine evidenzbasierte Bildungspolitik, die ideologischen Experimenten eine Absage erteilt und den Fokus konsequent auf den Lernerfolg richtet.

3. Gewalt an Schulen konsequent

bekämpfen: Gewalt, Bedrohungen und Respektlosigkeit gegenüber Mitschülern und Lehrkräften gefährden den Bildungsauftrag der Schulen. Die AfD-Fraktion vertritt diesbezüglich eine konsequente Null-Toleranz-Strategie. Gewaltvorfälle müssen vollständig erfasst und landesweit einheitlich dokumentiert werden. Schulen benötigen klare Handlungsmöglichkeiten bis hin zu Ordnungsmaßnahmen und Schulverweisen für wiederholt gewalttätige Schüler. Lehrkräfte und Schüler sind besser vor Übergriffen zu schützen und erstere bei der Durchsetzung ihrer Autorität zu unterstützen. Darüber hinaus müssen Ursachen von Gewalt offen benannt und wirksame Präventionsmaßnahmen zielgerichtet eingesetzt werden. Schulen müssen wieder sichere Orte des Lernens werden.

Wissenschaft & Kunst

1. 25 Jahre Bologna – Aus Fehlern lernen. Diplom als Alternative zu Bachelor und Master zurückbringen:

Der Bologna-Prozess hat die deutsche Hochschullandschaft grundlegend verändert. Aber nach über 25 Jahren sind dennoch viele der versprochenen Reformziele nicht erreicht worden. Viele Hochschullehrer, Studenten und Arbeitgeber bemängeln eine zunehmende Verschulung, hohe Prüfungs-

belastungen und den Verlust bewährter Studienkonzepte. So konnte sich etwa der Bachelor bis heute nicht als vollwertiger berufsqualifizierender Regelabschluss etablieren.

Gleichzeitig genießt das deutsche Diplom – insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften – bis heute national wie international einen hervorragenden Ruf. Es steht für wissenschaftliche Exzellenz, fundierte Fachkenntnisse und eine praxisnahe Ausbildung.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Hochschulen wieder die Möglichkeit erhalten, neben Bachelor- und Masterstudiengängen auch neue Diplomstudiengänge anzubieten. Das Diplom soll dorthin zurückkehren können, wo es sich bewährt hat und von Hochschulen sowie Arbeitgebern weiterhin geschätzt wird.

2. Entideologisierung der bayerischen Hochschulen und des Kulturbetriebes:

Hochschulen müssen Orte des freien Denkens und des offenen wissenschaftlichen Austauschs sein. Forschung und Lehre dürfen sich ausschließlich an wissenschaftlichen Standards orientieren und nicht an politischen oder ideologischen Vorgaben. Wissenschaft lebt vom Wettbewerb der Argumente und nicht von moralischem oder gesellschaftlichem Konformitätsdruck.

Daher setzen wir uns dafür ein, ideologische Einflussnahme auf Forschung und Lehre konsequent zurückzudrängen und den offenen wissenschaftlichen Diskurs vor Einschüchterungs- und Cancel-Versuchen zu schützen.

Kunst und Kultur leben von Vielfalt, Kreativität und unterschiedlichen Perspektiven. Staatlich geförderte Kultureinrichtungen dürfen jedoch nicht zum Instrument politischer Einflussnahme werden. Öffentliche Kulturförderung muss sich an künstlerischer Qualität, kultureller Bedeutung und dem öffentlichen Interesse orientieren.

Daher setzen wir uns dafür ein, Förderentscheidungen transparent und nachvollziehbar nur nach diesen Kriterien zu treffen. Grundsätzlich ist in staatlich finanzierten Kultureinrichtungen politische Neutralität zu gewährleisten und sicherzustellen, dass öffentliche Fördermittel nicht von der politischen oder ideologischen Ausrichtung der Kulturschaffenden abhängig gemacht werden.

3. Rundfunkstaatsvertrag kündigen – Öffentlich-rechtlichen Rundfunk neu aufstellen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich längst von seinem eigentlichen Auftrag entfernt. Verschwendung, Intransparenz, politische Einseitigkeit und immer neue Skandale haben das Vertrauen vieler Bürger erschüttert.

Daher fordern wir die Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags und einen grundlegenden Neustart. Der Rundfunkbeitrag ist abzuschaffen und durch ein transparentes, parlamentarisch legitimates Finanzierungsverfahren über die Länderparlamente zu ersetzen. Auch die Sitzungen der Aufsichts- und Kontrollgremien sowie ihrer Ausschüsse müssen grundsätzlich öffentlich stattfinden.

Auftrag und Angebot sind auf das verfassungsrechtlich gebotene Mindestmaß zu begrenzen und auf die Vermittlung von Informationen sowie Bildungs- und Kulturangeboten auszurichten. Überparteilichkeit, objektive Berichterstattung, Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt müssen verbindlich festgeschrieben und wirksam kontrolliert werden. Beschwerden von Bürgern müssen nach einheitlichen Regeln erfasst, mit einem Aktenzeichen versehen, innerhalb verbindlicher Fristen bearbeitet und nachvollziehbar beantwortet werden. Bei anhaltender Reformunfähigkeit einzelner Rundfunkanstalten muss eine strukturelle Neuordnung bis hin zur Auflösung und unmittelbaren Neugründung möglich sein.

Wohnen & Eingaben

1. Günstigen Wohnungsbau ermöglichen: Echte Vereinfachungen der Bauvorschriften statt Ideologie und Klimahysterie:

Die Staatsregierung bemüht sich seit Jahren erfolglos, mit dem „Gebäudetyp E“ Vereinfachungen insbesondere im Wohnbau umzusetzen. Auch die Bestrebungen der Regierung, auf Bundesebene die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um den Wohnbau günstiger zu gestalten, waren bislang nicht von Erfolg gekrönt.

Die AfD fordert eine radikale Vereinfachung des technischen Baurechts: Die Anforderungen an Gebäude sollen sich auf Standfestigkeit, Brandschutz sowie sicherheits- und gesundheitsrelevante Belange beschränken. Insbesondere alle aufwendigen Klimamaßnahmen und -zertifizierungen sind sofort abzuschaffen. Das bewährte städtebauliche Einfügungsgebot (z.B. nach BauGB und BayBO) zur Wahrung des Ortsbildes bleibt hiervon unberührt, um ortsuntypische Auswüchse zu verhindern.

2. Privates Vermieten wieder attraktiv machen. Keine Bürokratiemonster und keine staatliche Bevormundung im Umgang mit dem privaten Eigentum:

Wohnen wird immer teurer, weil es an Wohnraum mangelt. Die Staatsregierung versucht, diesem Mangel mit Zweckentfremdungsgesetzen bzw. Einschränkungen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen entgegenzutreten. Diese verursachen oft großen bürokratischen Aufwand, weil Meldepflichten bestehen und umfangreiche Verzeichnisse angelegt und verwaltet werden müssen. Solche Regulierungen führen oft zu Leerstand, da Eigentümer aus Angst vor Überregulierung immer häufiger ganz auf Vermietung verzichten.

Die AfD fordert die Abschaffung all dieser Maßnahmen. Der wahre Grund für den Wohnraummangel liegt in der Tatsache, dass zu wenige Wohnungen gebaut werden. Solche staatlichen Eingriffe schränken die Verfügungsgewalt über das Privateigentum

massiv ein und zerstören das Vertrauen der dringend benötigten Investoren.

3. Schutz von Reisenden und Personal auf der Bahn. Rechtliche und materielle Voraussetzungen für echte Sicherheit schaffen:

Gewalt und Sachbeschädigungen im Bahnverkehr nehmen seit Jahren zu. Ein Angriff in Landstuhl im Februar 2026 führte sogar zum Tod eines Zugbegleiters. Repräsentative Zahlen belegen, dass 82 Prozent der Zugbegleiter bereits Gewalt am Arbeitsplatz erlebt haben. Diese Zustände sind für die Bahnmitarbeiter unerträglich und unzumutbar. Und sie beeinträchtigen auch das Sicherheitsgefühl der Reisenden massiv. Die dadurch verursachten Verspätungen sowie steigende Kosten und längere Wartezeiten durch beschädigte Fahrzeuge treffen letztlich alle Fahrgäste.

Die AfD fordert ein umfassendes Sicherheitspaket: Neben einer konsequenteren Ahndung von Verstößen und der vollständigen Haftung der Schadensverursacher ist es vor allem nötig, die rechtlichen Voraussetzungen für digitale Hausverbote für Gewalt- und Wiederholungstäter sowie eine Verpflichtung zur Identitätsfeststellung bei Kontrollen zu schaffen. Ergänzend ist die bedarfsgerechte Ausstattung des Personals – etwa mit Bodycams – zu unterstützen.

4. Effektiver Lärmschutz an Flughäfen. Rechtzeitige Landeprüfung zur Vermeidung unnötiger Durchstartmanöver:

Wenn Flugzeugpiloten bei Anflügen auf Flughäfen mit Nachtflugverbot erst kurz vor der geplanten Landung erfahren, dass diese nicht mehr zulässig ist, müssen sie durchstarten. Dies führt aufgrund der dafür erforderlichen hohen Triebwerksleistung zu einer erheblichen zusätzlichen Lärmbelastung in den Nachtstunden sowie zu einem erhöhten Treibstoffverbrauch.

Die AfD fordert, dass spätestens fünfzehn Minuten vor Beginn des Nachtflugverbots verbindlich festgestellt wird, ob sich ein Flugzeug innerhalb eines Radius von fünfzig nautischen Meilen vom Zielflughafen entfernt befindet und deshalb noch landen darf.

5. Missbrauch des Petitionsrechtes durch untergetauchte Personen abstellen. Keine Petitionen ohne Nachweis der Existenz: Das Petitionsrecht ist ein wichtiges Grundrecht. In manchen Fällen wird es jedoch missbraucht, um einen Aufenthalt in Deutschland trotz fehlender rechtlicher Voraussetzungen zu verlängern. So kam es beispielsweise schon vor, dass Petenten untergetaucht sind und für die Behörden nicht erreichbar waren.

Die AfD fordert daher, Petitionen als unzulässig abzulehnen, wenn sie primär dazu dienen, rechtswidriges Verhalten fortzusetzen. Die Behörden sollen die Möglichkeit erhalten, das persönliche Erscheinen des Petenten auf einer zuständigen Dienststelle anzuordnen, um dessen reale Existenz zu überprüfen. Kann diese nicht nachgewiesen werden, muss die Petition als unzulässig zurückgewiesen werden.

Kommunales

1. Kommunale Aufgabenverteilung und Finanzierung: Wir wollen die Gemeinden finanziell unabhängiger machen und stärker auf eigene Füße stellen: Immer häufiger werden defizitäre Haushalte nicht mehr genehmigt, und die Landratsämter schreiten ein, was zu völliger Abhängigkeit der Gemeinden führt. Die Kommunen in Deutschland verzeichneten 2025 ein Rekorddefizit von 31,9 Milliarden Euro – auch Bayern ist stark betroffen: 2024 betrug das Defizit 5,3 Milliarden Euro. Mehr eigene Einnahmen und ein fairer Finanzausgleich sind nötig.

Durch eine Änderung des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes sollen Gemeinden das Recht erhalten, örtliche Abgaben zur Finanzierung nachweisbarer Asylfolgekosten zu erheben. Dazu zählen insbesondere zusätzliche Ausgaben für Kinderbetreuung, Schulen, Abwasser- und Verkehrsinfrastruktur, Sicherheit und Verwaltung. Erfasst werden sollen vor allem gewerbliche Betreiber größerer Asylunterkünfte und andere

wirtschaftliche Nutznießer. Das Ziel lautet: Wer am Asylsystem verdient, muss sich an dessen Folgekosten beteiligen.

2. Reform der kommunalen Zuständigkeiten zwischen Bezirk, Kreis und Gemeinden: Alle kommunalen Zuständigkeiten müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Zahlreiche Aufgaben, wie die Umsetzung der Digitalisierung, müssen wieder in die Hoheit der Gemeinden zurückgeführt werden. Die kommunale Gliederung in Gemeinden, Landkreise und Bezirke erzeugt Überschneidungen. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sind Aufgaben ortsnahe zu erledigen.

3. ÖPNV: Der ÖPNV soll vor allem auf dem Land wieder attraktiver gemacht werden. Er muss neu und innovativ gedacht werden – wir setzen auf Sammeltaxis, Kleinbusse und Bus-on-Demand. Der Freistaat fördert flexible Bedienformen viel zu wenig und unzureichend. Fehlende Angebote verstärken die Abwanderung der Jugend in die Städte und führen auf dem Land zu einem starken Bevölkerungsschwund.

4. Kommunale Wärmeplanung: Das Bundesgesetz zur kommunalen Wärmeplanung belastet die Kommunen stark, weil sie auf einem Teil der Kosten sitzen bleiben. Bestehende Siedlungsflächen und künftige Neubaugebiete bieten künftig nur noch eingeschränkte Optionen wie Blockheizkraftwerke. Wir fordern eine technologieoffene und freie Wahl der Wärmequellen.

5. Schulen und Schulbegleiter: Der Staat vernachlässigt seine Pflichten bei der Finanzierung der Schulaufwandsträger. Diese sind fundamental unterfinanziert. Dieser Missstand muss unverzüglich und umfassend beseitigt werden.



Folgen Sie uns auch bei:



www.afd-landtag.bayern



Herausgeber: AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag,
Vorsitzende: Katrin Ebner-Steiner & Ulrich Singer
Kontakt: AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag,
Maximilianeum, 81627 München
Telefon: 089 – 4126 2960, E-Mail: info@afd-landtag.bayern

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

Stand: September 2026